

G.D.A. Archiv

Anton Erkelenz

Kritik an der
deutschen Sozialpolitik

A/K
0-
13552

ERKELENZ: KRITIK AN DER DEUTSCHEN
SOZIALPOLITIK

WELTGEIST-BÜCHER
UMFASSEN DEN GEIST DER
GANZEN WELT

DRUCK DER SPAMERSCHEN BUCHDRUCKEREI IN LEIPZIG

8117

KRITIK AN DER DEUTSCHEN SOZIALPOLITIK

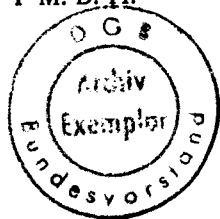
VON

ANTON ERKELENZ

M. d. R.

*

WELTGEIST-BÜCHER
VERLAGS-GESELLSCHAFT M. B. H.
BERLIN



Fortschritt und Persönlichkeit, in diesen zwei Worten liegt der Gesinnungsinhalt alter und neuer Demokratie . . .

Alle Betriebsformen, alle Staatsverwaltungen, alle Kommunalbetriebe, alle Wissenschaft, alle Schulen sollen mit Persönlichkeitsgeist erfüllt werden . . . Es ist nur teilweise gelungen . . . aber vergeblich war dies Laufen und Ringen nicht. Staat und Gesellschaft sind schon ganz anders mit Persönlichkeitsgeist gefüllt als in alten Zeiten . . . Unsere Parole heißt: Maschine und Persönlichkeit . . .

Nie war es falscher, kleinliche Menschen zu erziehen als jetzt. Wir brauchen Kräfte, die sich selbst etwas zutrauen, die lieber auf eigene Rechnung und Gefahr verlorengelangen als sich bevormunden lassen wollen . . .

Naumann in „Demokratie und Kaisertum“, 1904.

Der Kampf um die Grundsätze der Sozialpolitik ist bei uns längst verstummt. Die staatliche Sozialpolitik hat so große Erfolge und Scheinerfolge erzielt, daß sie grundsätzlich nicht nur sehr selten angefochten, sondern sogar nur höchst selten diskutiert und geprüft wird. Strittig ist meist nur der Umfang der sozialpolitischen Maßnahmen. Nur wenige kennen noch den Kampf um „Selbsthilfe oder Staatshilfe“, der vom Ende der siebziger Jahre des vorigen Jahrhunderts an etwa zwanzig Jahre lang das öffentliche Leben Deutschlands durchtobt hat, und dessen Kenntnis auch für die Zukunft der sozialpolitischen Entwicklung von höchster Wichtigkeit ist. Als Naumann 1895 seine Zeitschrift „Die Hilfe“ gründete, stellte er an die Spitze der Zeitschrift das Wort: „Gotteshilfe,

Selbsthilfe, Staatshilfe und Bruderhilfe“, und aus dieser Zusammenfassung entstand der Titel der Zeitschrift. Damit endeten, so kann man sagen, die grundsätzlichen Kämpfe. Staatshilfe und Selbsthilfe wurden beide als berechtigt und notwendig anerkannt. Seitdem gibt es kaum noch grundsätzliche Erörterungen dieser Frage.

Seit dem Emporkommen des Territorialfürstentums in Deutschland entwickelt sich im Gegensatz zu anderen Ländern das Prinzip des Untertanen, der gehorcht, der von oben geprägt, beherrscht und befohlen wird. Weil und solange dieser Untertan gehorcht, wird von oben auch notdürftig für ihn gesorgt. Das Sinnbild dieses Prinzips ist der Krückstock Friedrichs des Großen, mit dem dem Untertan Gehorsam eingebleut wird. Ein leichter Anlauf zu einer entgegengesetzten Entwicklung, nämlich zur Respektierung der Persönlichkeit des Menschen, zur selbständigen und selbstverantwortlichen Handlung des einzelnen, setzte in den ersten Jahren nach den Napoleonischen Kriegen ein. Sie äußerte sich aber zunächst nur in der Sehnsucht nach der Neubildung eines Deutschen Reiches und der Bauernbefreiung des Freiherrn vom Stein. Eine Auswirkung der liberalen Idee auf die übrigen Gebiete des gesellschaftlichen Zusammenlebens trat nicht ein. Die Zeit der Metternichschen Reaktion tötete alle solche Tendenzen wieder. Auf staatsmächlichem Gebiet flackerte der Liberalismus vorübergehend wieder auf in der Revolution von 1848. Auch dieser zweite Anlauf des Liberalismus wurde durch die Reaktionszeit wieder stark zurückgedrängt. Nur auf einem Gebiet, auf dem der freien Unternehmerbetätigung, setzte sich von 1848 ab der Drang nach Selbständigkeit und Selbstbestimmung durch. Erst allmählich, nach 1861, wurden auch die anderen Kreise des Volkes, auch die Arbeiter, von der liberalen Welle erfaßt. Diese Strömung äußerte sich von etwa 1864 ab in der Bildung von Gewerkvereinen, d. h. von Berufsvereinen der Arbeiter. Die

Buchdrucker gingen darin voraus, anknüpfend an den mittelalterlichen Zunftgedanken. Liberale Arbeitervereine kämpften für die politische Gleichberechtigung der Arbeiter und zogen in ihre Betätigung auch die wirtschaftliche Hebung der Arbeitermassen ein. Der Genossenschaftsgedanke, von Schulze-Delitzsch hauptsächlich für den Mittel- und Handwerkerstand gedacht, wurde auch in seinen Anwendungsmöglichkeiten für die Arbeiter ventiliert. Lassalle baute darauf ein ganzes System auf, mit dem die sozialistische Welt eingerichtet werden sollte. 1868 gründeten Max Hirsch und Franz Duncker die deutschen Gewerkvereine. Bei ihnen trat der Gedanke, den noch Schulze-Delitzsch hatte, die Arbeiter allmählich zu selbständigen Handwerkern zu machen, völlig in den Hintergrund. Hirsch und seine Freunde bauten auf der Erkenntnis auf, daß in der Großindustrie der Arbeiter und Angestellte zeitlebens von der Selbständigkeit ausgeschlossen sei, und daß es gelte, ihnen im Rahmen der Abhängigkeit eines industriellen Arbeitsverhältnisses Lebensgenuß und Teilnahme an den Kulturerrungenschaften zu sichern. So setzte in den sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts die dritte liberale Welle in Deutschland ein. Nach dem Deutsch-Französischen Kriege konnte sich die liberale Welle ziemlich unbeschränkt auswirken, soweit das selbständige Unternehmertum in Frage kam. Die großen Gesetze der wirtschaftlichen Freiheit, die Gewerbeordnung, das Handelsgesetzbuch, die Freizügigkeit, die Beseitigung der Reste der Zunftverfassung, die einheitliche Rechtsordnung und anderes gaben den Unternehmern alle die Bewegungsfreiheit und Selbstverantwortung, die zur wirtschaftlichen Entwicklung nötig war. Die deutsche Arbeitnehmerschaft aber hat damals keine längere liberale Zeit gehabt. Von 1878 ab, gleichzeitig mit der Entwicklung der Sozialdemokratie, setzte jene reaktionäre Politik ein, die versuchte, mit allen Mitteln die Selbständigkeitsbestrebungen der Arbeitnehmerschaft zu ertöten und auszurotten.

Der Unternehmer sollte Freiheit und Selbstbestimmung genießen. Der Arbeitnehmer sollte gehorchen und parieren. Gewiß ist die Bevormundung von oben dem deutschen Menschen seit Jahrhunderten eingebleut. Aber das ist keine Naturveranlagung. Eine planmäßige Erziehung zu Selbständigkeit und Persönlichkeit ist auch in Deutschland möglich.

Die Entstehung und Entwicklung der Industrie war auch in den älteren Industrieländern erkaufte worden mit Not und Elend in größtem Umfange. Die Auflösung der alten zünftlerischen Ordnung, die verhältnismäßige Zurückdrängung der Landwirtschaft gegenüber der Industrie, die Zerstörung der handwerklichen Landindustrien verbunden mit der Brotlosmachung der beschäftigten Arbeitskräfte, die Verdrängung dieser Arbeiter vom Lande in die Stadt, das alles und vieles andere waren Umwälzungen, die von den Massen der Bevölkerung mit Not und Elend bezahlt werden mußten. Das altliberale System der damaligen Zeit gab, in einer allmählichen Entwicklung, den Arbeitermassen Abwehrmittel gegen diesen Druck in die Hand. Diese Abwehrmittel waren die gewerkschaftliche Organisation, die Bruderhilfe in Lohnfragen, in Krankheits- und Notfällen. Durch und neben den gewerkschaftlichen Organisationen entstanden Hilfskassen gegen Krankheit, Arbeitslosigkeit, Invalidität usw. In einem langen, schweren, opfervollen Ringen mußten sich die englischen Arbeiter die Fähigkeit zur Benutzung dieser Waffe erwerben. Und sie haben dabei einen Weg der Erziehung in der Freiheit zurückgelegt, der den deutschen Arbeitern nicht vergönnt war. Auch in Deutschland hatte die Entwicklung der Industrie jene Schattenseiten mit sich gebracht, die zu Not und Elend führten. Auch in Deutschland würden wir, auf dem Wege der Selbsthilfe, die zunächst genügenden Einrichtungen geschaffen haben, um das Elend zu beseitigen. Auch in Deutschland würden die Gewerkschaften sich höhere Löhne, bessere Arbeits-

verhältnisse erkämpft, würden sich soziale Versicherungs- und Hilfseinrichtungen aller Art aufgebaut haben. Auch in Deutschland hätte dieser Erziehungsprozeß in sich gleichzeitig einen starken Fortschritt in der politischen Schulung gebracht. Aber man ließ dem deutschen Arbeiter dazu keine Zeit. Die Jahre von 1864 bis 1878 waren zu kurz, um den ganzen Erziehungsprozeß nachzuholen, für den der englische Arbeiter mehr als hundert Jahre gebraucht hat. Als 1878 die Unterdrückung der Arbeiterbewegung einsetzte, und als man ihr seit 1883 teilweise die Möglichkeit zu freier Selbsthilfe nahm, indem man staatliche Zwangskassen schuf, da veranlaßte oder vertiefte man jenen schweren Klassenkampf, der die Entwicklung Deutschlands mehr behindert hatte als irgendeine andere falsche Maßnahme. Gewiß, vom Standpunkte der damaligen Machthaber aus erreichte man einen Erfolg; man verhinderte den Übergang zur demokratischen Staatsform, besser gesagt: man verhinderte den rechtzeitigen Übergang zur Demokratie. Um die alten halbfeudalen Zustände zu erhalten, um die Herrschaft des Feudalismus zu konservieren, verhinderte man eine Staatsentwicklung, die an sich unvermeidlich war, und die Deutschland allein den Weg zum Weltvolke hätte ermöglichen können. Bismarck hat nie einen Hehl daraus gemacht, daß die staatliche Sozialpolitik für ihn ein Kampfmittel war gegen die aufstrebende Arbeitnehmerschaft. In der Hauptsache richtete sich sein Kampf gegen die Sozialdemokratie. Aber tatsächlich und mit Absicht traf dieser Kampf auch die Kräfte der bürgerlichen Demokratie. Die damals herrschenden Schichten sahen die starken Kräfte demokratischer Entwicklung heranreifen. Sie fürchteten das ihnen aus England bekannte Bündnis des liberalen Bürgertums mit den Arbeitern. Denn nur dies Zusammenwirken konnte der deutschen Demokratie jene Kräfte verleihen, die der Reaktion gefährlich wurden. Deshalb mußte die Arbeiterschaft durch Unterdrückung radikalisiert, das Bürgertum durch den Radi-

kalismus verängstigt werden, damit es sich zu seinem Schutze der Reaktion unterwarf. In diesem Zusammenhang war es von Bismarck und seinen Beratern klug gedacht, daß man an die Stelle der mit Gewaltmitteln zertrümmerten Selbsthilfeeinrichtungen öffentliche Kassen setzen müsse, die den Arbeitnehmern in Notfällen aushalfen. Das ganze System der bismarckischen Innenpolitik, die Unterdrückung der demokratischen Kräfte, hätte nicht vier Jahrzehnte lang halten können ohne jene positiven sozialpolitischen Ergänzungen der Gewaltpolitik.

Der Gedanke der Selbsthilfe, besonders auf dem Wege der Krankenversicherung, war in Deutschland schon Jahrzehnte vorher vorhanden. Nach dem Hilfskassengesetz konnten die Gemeinden solche Kassen gründen, aber der Beitritt war freiwillig. Später erhielten die Gemeinden das Recht, durch Ortsgesetz auch die Zwangsversicherung vorzuschreiben. In dem Hilfskassengesetz von 1875, das besonders von Max Hirsch und den Gewerkvereinen beeinflußt war, wurde festgelegt, daß die Mitgliedschaft in einer freien Hilfskasse von der Zugehörigkeit zur gemeindlichen Zwangsversicherung befreite. Damit gewannen die freien Hilfskassen einen wichtigen Vorzug. Sie konnten ihren Mitgliedern Freizügigkeit gewähren. Wer Mitglied der Hilfskasse war, war überall im Reiche versichert, ohne Rücksicht auf Ortswechsel, während der in der Gemeinde Zwangsversicherte alle Rechte verlor, wenn er den Wohnort verließ. Damit war den freien Hilfskassen der Weg zur Ausbreitung geöffnet. In wenigen Jahrzehnten hätte sich in Deutschland ein Hilfskassenwesen gebildet, das das englische bald erreicht und wahrscheinlich übertroffen hätte. Aber in dieser Selbsthilfe sah man den Keim zur Demokratie, sah darin auch ein Werkzeug zugunsten der Gewerkvereine und Gewerkschaften, und beides sollte unterdrückt werden. Das ist dann von 1883 ab nur allzu gut gelungen. Das Hilfskassenwesen wurde zerschlagen. Es bestehen nur noch Reste in der Form der ge-

setzunglich zugelassenen Ersatzkassen bei einigen Angestelltenverbänden, besonders dem „Gewerkschaftsbund der Angestellten“. Die Gewerkvereine und Gewerkschaften selbst kämpften bis 1914 einen sehr mühseligen Kampf, einerseits gegen die staatliche Unterdrückung, andererseits gegen die durch die staatliche Versicherung verstärkte Indolenz der Arbeiter. Von 1900 ab etwa haben sie sich trotz der scharfen Bekämpfung durch Staat und Unternehmer besser entwickelt. Aber erst als Anfang August 1914 die Kanonen auf den Schlachtfeldern dröhnten, wurde der amtliche Kampf gegen Gewerkschaften und Gewerkvereine eingestellt. Es wäre nicht gut, wenn diese historischen Zusammenhänge zwischen der Sozialpolitik und dem Kampf um die deutsche Demokratie vergessen würden. Und es ist wichtig, daran zu erinnern, wofür die Max Hirsch, Schulze-Delitzsch, Franz Duncker, Lujo Brentano, Friedrich Naumann, Max Flesch und zahlreiche andere gekämpft haben.

Die durchgreifende Selbsthilfe ist theoretisch die höchste Form der sozialen Gemeinschaftspolitik. Welche Selbsthilfe ist damit gemeint? Selbsthilfe in dem Sinne, daß jeder nur sein Interesse gelten läßt, nur sein Interesse durchsetzt, entsprach am meisten den Idealen des Manchesterturns. Das ist nicht die Selbsthilfe, die wir hier meinen, schon weil sie den großen Massen der Abhängigen nur in geringem Umfange möglich ist. Die korporative Selbsthilfe ist für die Abhängigen die gegebene Form der Hilfe. Sie verweist den einzelnen nicht darauf, sich selbst gegen alle anderen durchzusetzen, sondern mit allen anderen emporzusteigen. Das ist die Form der Selbsthilfe, die dem demokratischen Liberalismus entstammt. Es ist der alte germanische Genossenschaftsgedanke, bei dem jeder für den anderen eintritt und damit auch seine Interessen fördert. Jeder opfert für die anderen, damit sie für ihn opfern. So ideal dieser Gedanke ist, so turmhoch er sittlich alle anonyme Staatshilfe überragt, die Praxis hat bewiesen, daß

er den Nöten und Bedürfnissen der modernen Zeit nicht endgültig gerecht werden kann. Das hat gerade das hochentwickelte englische Hilfskassenwesen bewiesen in der Zeit, als es noch keinen Wettbewerb der staatlichen Versicherung zu fürchten hatte. Die Friendly Societies, die freien Hilfskassen für die Krankenversicherung, waren stark an Mitgliederzahl, an Finanzen, an geldlicher Leistung. Sie haben aber nicht den Weg gefunden, der im Kampf gegen Krankheiten besser ist als geldliche Unterstützungen, den Weg der vorbeugenden Fürsorge, der langfristig arbeitenden Gesundheitspolitik. Auch bleibt bei jeder Organisation der Selbsthilfe ein Bodensatz von Menschen, die nicht von ihr erfaßt werden, weil ihnen die Mittel fehlen, oder weil sie nicht den Verstand haben, von den Mitteln der Selbsthilfe Gebrauch zu machen. Erfahrungsgemäß aber sind das die Ärmsten, sind das diejenigen, die der Fürsorge am meisten bedürfen. Bleiben sie unversorgt, so sind sie, sind ihre Familien, ihre Wohnungen Herde der Seuchen und Krankheiten für viele andere. Wer also die gesundheitliche Lage des ganzen Volkes heben will, der kommt immer an eine Stelle, wo die reine Freiwilligkeit versagt, wo man entweder auf weitere gesundheitliche Fortschritte verzichten oder in irgendeiner Form zum Zwang greifen muß. Nur darf man sich diese Notwendigkeit nicht allzu schematisch vorstellen. Einmal ist diese Selbsthilfe doch viel beweglicher, als man gemeinhin annimmt. In den Vereinigten Staaten, wo es so gut wie gar keine Zwangsversicherung gibt, hat die freie große und kleine Lebens- und Gesundheitsversicherung einen Umfang erreicht, der ein Vielfaches der deutschen Versicherung, freiwillige und Zwangsversicherung zusammen, jährlich aufbringt. Die freien Versicherungsgesellschaften betreiben dort eine vorbeugende Fürsorge, die sich vielleicht nicht mit unserem deutschen Zwangssystem messen kann, die aber weit hinausgeht über all das, was wir uns von den freien Versicherungsgesellschaften vorstellen.

In den letzten Jahren ist dort auch in der „Gruppenversicherung“ eine Form der Massenversicherung entstanden, die unvergleichlich viel billiger ist als die deutsche Zwangsversicherung, d. h. ein Prozent des Lohnes gegen zehn Prozent in Deutschland. Und umgekehrt: der vielfach unentbehrliche staatliche Zwang braucht nicht notwendig in jener schematischen Form ausgesprochen und gehandhabt zu werden, die dem Deutschen am nächsten liegt. Man muß den Versuch machen, das technisch Gute des Zwanges zu verbinden mit der moralisch wertvolleren und innerlich besser fundierten Form der Selbsthilfe. Sieht man näher zu, so zeigt sich übrigens, daß der Zwang in seinen Wirkungen durchaus nicht immer der Selbsthilfe überlegen ist. So sind z. B. die Gesundheitsverhältnisse der Bevölkerung nicht am besten in dem Lande, das die höchstentwickelte Sozialversicherung hat, in Deutschland. Länder, wie Holland und Skandinavien, die sehr viel weniger Zwangsversicherung haben, weisen zum Teil bessere Gesundheitsverhältnisse auf als Deutschland. Und auch England, das zwar eine Zwangsversicherung hat, sie aber nicht entfernt so weitgehend für die vorbeugende Gesundheitspflege ausgebaut hat, hat bessere Gesundheitsverhältnisse als Deutschland. Auf dem Kongreß des Gesamtverbandes Deutscher Krankenkassen 1926 in Dortmund habe ich das Zahlenmaterial vorgelegt.

In folgenden Ländern mit gut entwickelter Sozialversicherung betrug die Sterblichkeitsziffer im Durchschnitt der Jahre 1920 bis 1924:

Dänemark	11,7
Deutschland	14,2
Großbritannien	12,2
Norwegen	11,8
Schweden	12,3

In drei Ländern, die fast keine Arbeiterversicherung haben, betrug die Sterblichkeit in derselben Zeit:

Frankreich	17,4
Holland	10,7
Italien	17,6

Hier sehen wir, daß Holland erheblich günstiger steht ohne Sozialversicherung als Deutschland mit einer solchen.

Ordnen wir die erwähnten Länder nach der Sterblichkeitsziffer, so steht Deutschland an sechster Stelle:

Holland	10,7
Dänemark	11,7
Norwegen	11,8
Großbritannien	12,2
Schweden	12,3
Deutschland	14,2
Frankreich	17,4
Italien	17,6

Holland, das Land ohne Arbeiterversicherung, steht am besten.

Wie sieht es mit der Kindersterblichkeit in den anderen Ländern aus? In den Ländern mit gutentwickelter Sozialversicherung betrug im Durchschnitt der Jahre 1920 bis 1924 die Sterblichkeit im ersten Lebensjahr auf 1000 Kinder:

Dänemark	84
Deutschland	132
Großbritannien	77
Norwegen	56
Schweden	62

Bei den Ländern, die fast keine Arbeiterversicherung haben, ergeben sich folgende Ziffern auf 1000 Neugeborene im ersten Lebensjahr:

Italien	127
Holland	67
Frankreich	130

Hier ist Holland, das Land ohne Sozialversicherung, das drittbeste. Aber Großbritannien, das Land mit sehr weit ausgebauter Sozialversicherung, folgt bald und steht wesentlich besser als Deutschland.

Es starben an Tuberkulose auf 100000 Einwohner in den Jahren 1920 bis 1924 in den Ländern mit gutentwickelter Sozialversicherung:

Dänemark	108
Großbritannien	110
Schweden	149
Deutschland 1920	154
Norwegen	207

Für die Länder ohne wesentliche Sozialversicherung gelten die Ziffern:

Holland	119
Italien	146
Frankreich 1920	181

Auch hier steht Holland sehr günstig.

Natürlich wird niemand sagen: Holland hat eine günstigere Sterblichkeitsziffer als Deutschland, weil es keine Sozialversicherung hat. Der Zusammenhang ist ein anderer. Holland hat höhere Löhne, besser gesagt: seine Bevölkerung verfügt über eine höhere Kaufkraft als die deutsche. Deshalb hat Holland unter anderem auch viel günstigere Wohnungsverhältnisse. Hohe Löhne und gute Wohnungsverhältnisse aber bedeuten für den Gesundheitszustand der Bevölkerung mehr als eine gute Sozialversicherung bei niedrigen Löhnen. Auch hier gilt es,

den relativen Wert der Sozialversicherung zu erkennen, damit sie nicht schlechtweg als allen anderen Methoden überlegen zu hoch geschätzt wird. Jedenfalls ergibt diese ganze Überlegung die Richtigkeit der etwas mißachteten These: hohe Löhne sind wichtiger, sind gesundheitsfördernder als die Renten einer Zwangsversicherung bei niedrigen Löhnen. Sozialpolitisch betrachtet, ist deshalb die Stärkung des gewerkschaftlichen Selbsthilfegedankens wichtiger als die kleine Steigerung irgendeiner Rente. Da aber hohe Löhne — hohe Löhne und hohe Kaufkraft wird hier als dasselbe vorausgesetzt — nur aus hohen Erträgen einer leistungsfähigen Wirtschaft gedeckt werden können, so ist also, wenigstens in der Gegenwart, eine Steigerung der Produktivität der Wirtschaft und eine Gewerkschaftsbewegung, die es versteht, einen erhöhten Anteil der Arbeitnehmer an der gestiegenen Produktivität durchzusetzen, sozialpolitisch viel wichtiger als irgendeine meist sehr geringe Rentenerhöhung in der Sozialversicherung. In dieser Feststellung liegt für die Gegenwart ein Kernpunkt der Kritik an der Sozialpolitik.

Einer besonderen Beleuchtung bedürfen noch einige lohnpolitische Wirkungen der Sozialversicherung. Als man am Anfang der achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts mit dem Aufbau der Sozialversicherung begann, gab es nicht nur lebhaft Auseinandersetzungen über die Frage, ob das Reich die Leistungen der neuen Kassen aus Steuermitteln decken solle, oder ob man Beiträge einführen, d. h. also eine wirkliche Versicherung schaffen wolle. Man ging den Weg der Beitragszahlung durch Unternehmer und Arbeitnehmer. Nun setzte aber ein neuer Streit ein: Wer trägt die Beiträge, d. h. aus welcher Tasche werden sie letztlich gezahlt? Die Sozialdemokraten behaupteten, daß die Arbeiter nicht nur ihren eigenen Beitragsanteil zahlten, sondern daß auch der vom Unternehmer geleistete Anteil den Arbeitnehmern stillschweigend vom Lohn

abgehalten würde. Der Arbeiterlohn sinke eben um so viel herab, wie der Unternehmer an Kassenbeiträgen für den Einzelnen zu zahlen habe. Die Arbeiter trügen also die gesamte Last allein.

Einer umgekehrten Gedankenreihe bedienen sich die Vertreter des Unternehmerstandpunktes. Nach ihrer Ansicht zahlte der Unternehmer seinen Teil an den Beiträgen aus seinem Gewinn. Es hat damals nicht wenige gegeben, die der Meinung waren, diese Schmälerung des Gewinnes treibe das deutsche Kapital ins Ausland, entziehe also der deutschen Wirtschaft das nötige Betriebskapital. Übrigens ist diese Ansicht noch keineswegs verstummt. Die aus dem Unternehmerlager heute geübte Kritik an den „erdrückenden Soziallasten“ beruht immer noch auf der falschen Vorstellung, daß derjenige, der die Beiträge zahlt, sie auch trägt, d. h. daß keine Abwälzung stattfinde. Damals ging man vielfach noch weiter. Es wurde angenommen, daß die Arbeiter auch ihren Beitragsanteil in Form höherer Löhne auf den Unternehmer abwälzen würden. So zahlte nach dieser Anschauung der Unternehmer den gesamten Beitrag allein, und zwar aus seinem Gewinn.

Dieser Streit ist ja im wesentlichen verstummt. Sowohl die Arbeitnehmer als die Unternehmer wälzen ihren Anteil an den Sozialversicherungsbeiträgen ab auf die Warenpreise. Der Verbraucher zahlt im allgemeinen die Sozialbeiträge. Besonders der Unternehmer zahlt seinen Beitragsanteil nicht aus dem Gewinn, sondern er berechnet sie als Geschäftskosten und wälzt sie so ab. Im ganzen tun die Arbeitnehmer dasselbe. Zwar ist der Vorgang der Lohnbildung keineswegs so einfach, wie ihn sich die alte Nationalökonomie vorstellte. Nicht Nachfrage und Angebot allein bestimmen den Lohn. Es wirken darauf eine Reihe anderer Faktoren ein. So z. B. bilden die Lebensgewohnheiten eines Landes einen wesentlichen Faktor der Lohnbestimmung. Wo der Drang nach besserer Lebens-

haltung stärker ist als anderswo, da steigt der Lohn leichter und schneller. Der Lohn enthält auch einen politischen Bestimmungsfaktor. Die Machtverhältnisse wirken auf die Lohnhöhe ein. Das amerikanische Beispiel zeigt, daß auch die Erkenntnis der Unternehmerschaft, daß es notwendig ist, die Warennachfrage zu steigern, ein wesentlicher Punkt in der Lohnbestimmung sein kann. Aber wo alle diese und andere Faktoren eine gewisse Durchschnittshöhe der Lebenshaltung und der Einkommen festlegen, da haben die Arbeitnehmer, meist unbewußt, die Tendenz, ihren Anteil an den Sozialbeiträgen in Form höherer Löhne abzuwälzen.

Unbestritten ist Deutschland das Industrieland, das verhältnismäßig die niedrigsten Löhne zahlt, und zwar auch unter Berücksichtigung der zusätzlichen Leistungen der Sozialversicherung. Unsere Industrie ist technisch allgemein leistungsfähiger als z. B. die englische. Sie ist bestimmt leistungsfähiger als die holländische oder die skandinavische Industrie. Dennoch sind die deutschen Löhne, in realer Kaufkraft ausgedrückt, geringer. Zum Teil liegt das daran, daß in den genannten Ländern die politische Kraft der Arbeiter größer ist als in Deutschland. Umgekehrt wirkt ein anderer politischer Faktor. Die Tatsache, daß wir den Krieg verloren haben und Reparationen zahlen müssen, hemmt die deutsche Arbeiterschaft — meist unbewußt — in der Forderung nach höheren Löhnen. Und in derselben Richtung wirkt, ebenfalls unbewußt — die Sozialversicherung. Das wird zwar sehr bestritten, ist aber richtig. Denken wir uns einen Augenblick die ganzen Leistungen der deutschen Sozialversicherung fort, so daß der Arbeitnehmer das Gefühl hätte, er müsse für die Zeit der Krankheit, des Alters usw. ganz für sich selbst sorgen, dann würde er stärker aktiv sein in den Gewerkschaften, diese selber wären angriffslustiger, die öffentliche Meinung würde Forderungen nach Lohnerhöhung viel schärfer

unterstützen. Der einzige Ausweg, der dem Arbeitnehmer bliebe, um für Zeiten der Krankheit und des Alters zu sorgen, wäre der Kampf um einen wesentlich höheren Lohn, damit er mehr Ersparnisse machen kann, die er in Notzeiten einsetzt. Dieser Zwang zur Einkommenssteigerung wird jetzt weniger gefühlt, da man glaubt, die Sozialversicherung sorge ja schon für alles. Nun könnte ja das Ergebnis das gleiche sein, wenn die Leistungen der Versicherung, alles in allem gerechnet, im Leben des einzelnen dieselben wären wie der Betrag des höheren Einkommens, wenn keine Sozialversicherung vorhanden ist. Das ist aber in Wirklichkeit nicht der Fall. Der holländische, skandinavische, auch der englische Arbeiter hat etwa das doppelte Realeinkommen als der deutsche, während die Realleistungen der deutschen Zwangsversicherung nur einen Bruchteil dieses Unterschiedes ausmachen können.

In derselben Richtung wirkt übrigens auch das System des Zwangsabzuges von Sozialbeiträgen, Steuern usw. Der deutsche Reallohn steht zur Zeit vielleicht etwas über dem Stande von 1914. Insofern kann man den Arbeitern sagen, daß sie nominell ihren Standard of life von 1914 erreicht haben. In Wirklichkeit ist das aber nicht der Fall; denn die Abzüge von diesen Löhnen sind unvergleichlich viel höher, als sie 1914 waren oder auch als sie in anderen Ländern sind. Der englische, der holländische Arbeiter ist durchgängig einkommensteuerfrei, da das steuerfreie Existenzminimum höher liegt als der durchschnittliche Arbeitsverdienst. In Deutschland liegt fast jeder Arbeitslohn schon außerhalb der steuerfreien Grenzen, und der Steuersatz ist weit höher als 1914. Die Sozialbeiträge machen ein Vielfaches der Belastung von 1914 aus, wofür allerdings auch die Leistungen erhöht sind.

Wie hoch ist die Belastung eines Arbeitseinkommens durch Steuern, Sozialbeiträge und Gewerkschaftsbeiträge? Denn die letzten müssen im Sinne dieser Darlegung mit eingerechnet

werden, da die Gewerkschaftsbewegung in Deutschland noch fast das einzige große Selbsthilfeorgan der Massen ist. Wir halten den Gewerkschaftsbeitrag für wichtiger als irgendeinen Zwangskassenbeitrag. Und wir bedauern, daß die deutschen Gewerkschaften aller Richtungen infolge der hohen Sozialbeiträge nicht in der Lage sind, einen viel höheren Gewerkschaftsbeitrag zu erheben, damit sie kapitalkräftiger werden und mehr tun können für die Erhöhung der Löhne und Gehälter.

Wie hoch, an praktischen Fällen einwandfrei berechnet, zur Zeit die erwähnten Abzüge für Einkommensteuer, Sozialbeiträge usw. sind, ergeben nachstehende Zahlen:

I.
Berg- und Hüttenarbeiter
in der Siegerländer Knappschaft
Arbeitnehmerbeitrag

Stand	Verdienst	Knappschaftsbeitrag eines		Zusatzversicherung eines		Gewerkschaftsbeitrag eines		Steuer	Gesamtbetrag			
		Bergmanns	Hüttenarbts.	Bergmanns	Hüttenarbts.	Bergmanns	Hüttenarbts.		Bergmann		Hüttenarbtr.	
									RM.	%	RM.	%
ledig	50.—	7.85	7.55	—	—	0.45	1.71	—	8.30	16	9.26	18.5
ledig	65.—	10.21	9.82	—	—	2.20	1.71	—	12.40	19	11.53	17.7
ledig	90.—	14.13	13.59	1.71	2.55	2.20	3.00	—	18.04	20	19.14	21.2
ledig	115.—	18.06	17.31	1.71	3.84	2.20	3.00	0.50	22.47	21	24.21	21.5
ledig	140.—	21.98	21.14	2.14	3.84	3.64	4.71	3.37	31.10	22.2	33.05	23.7
verheiratet	165.—	25.91	24.92	2.14	4.28	3.64	4.71	5.17	36.85	22.3	38.10	23
verh., 1 Kd.	190.—	29.83	28.69	2.14	4.28	3.64	4.71	6.90	42.50	22.3	44.58	23.4
verh., 2 Kd.	210.—	32.97	31.71	2.14	4.28	3.64	4.71	5.37	44.10	21	45.87	21.3
verh., 2 Kd.	230.—	36.11	34.73	2.14	4.28	3.64	4.71	7.70	49.59	21.5	51.42	22.3
verh., 2 Kd.	250.—	39.25	37.75	2.78	4.28	5.40	4.71	10.00	57.43	22.9	56.74	22.5
verh., 2 Kd.	300.—	47.10	45.30	2.78	4.28	5.40	4.71	14.90	70.18	23.3	69.19	23.6
verh., 2 Kd.	325.—	51.03	49.08	2.78	4.28	5.40	4.71	17.80	77.00	23.6	75.87	23.3

II. Knappschaftlich versicherte Angestellte (Siegerland)

Stand	Gehalt	Kranken- kasse	Arbeits- losenver- sicherung	Pens.- Ang.-Vers.	Zusatz- Versich.	Gewerk- schafts- beitrag	Steuer	Gesamtbetrag	
								RM,	%
Lehrling, 2. Jahr . . .	28.—	0.90	0.45	3.90	—	0.40	—	5.65	21.8
Jugendlicher, 19 Jahre .	64.—	1.80	0.90	7.80	—	2.20	—	12.70	19.8
Kaufm. A., 25 Jahre. .	155.—	4.50	2.25	15.60	1.30	4.50	6.32	34.47	22.2
Techn. Betriebsangest. 31 Jahre, 2 Kinder .	226.—	7.20	3.60	23.40	1.70	4.50	8.55	48.95	21.7
Ob.-Meister nach 3 Be- rufsjahren, 3 Kinder.	270.—	8.10	4.05	23.40	2.40	4.50	12.30	54.75	20.2
Reviersteiger, 2 Kinder	234.—	7.20	3.60	27.90	3.50	4.50	8.16	54.86	23.4

III. Arbeiter in einer Siegerländer Blechwarenfabrik

Stand	Alter	Verdienst pro Mon.	Kranken- kasse Beitr.	Arbeits- losenver- sicherung	Inv.-Vers.	Zus.-Vers. Beitr.	Gew. Beitr.	Steuer	Spalte	
									1—6	%
1. Lehrling, ledig	16	44.20	2.20	0.71	1.20	—	1.71	—	5.82	13.1
2. Schlosser, ledig . . .	20	119.70	5.—	1.60	3.21	—	3.—	1.80	14.61	11.4
3. Hilfsarbtr, verh., 3 Kd.	39	130.63	6.40	2.06	3.90	2.55	4.71	—	19.62	15
4. Elektriker, ledig . . .	28	155.38	7.80	2.52	3.90	3.84	4.71	5.40	28.07	18.1
5. Schlosser, ledig . . .	24	199.03	9.20	2.97	4.26	3.84	4.71	8.50	33.97	17
6. Vorarbeiter, verh., 3 Kd.	39	230.11	10.60	3.42	4.26	4.28	4.71	8.55	36.02	15.6
7. Vorarbeiter, Verbleier, verh., 3 Kd.	44	244.13	12.—	3.87	4.26	4.28	4.71	14.08	43.20	17.3
8. Vorarbeiter, verh., 3 Kd.	37	319.52	14.—	4.52	4.26	4.28	4.71	13.68	45.45	14.2

IV. Angestellte im Einzelhandel (Siegerland)

Stand	Gehalt	Kranken- kasse	Ang.-Ver- sicherung	Arbeits- losenver- sicherung	Zusatz- versich.	Gewerk- schafts- beitrag	Steuer	Gesamt- betrag	
								RM.	%
Lehrling, 2. Jahr	30.—	1.20	1.—	0.30	—	0.40	—	2.90	9.6
jugendl. Verkäufer, 18 Jahre	78.—	3.60	2.—	1.20	—	2.20	—	9.—	11.5
Verkäufer, 24 Jahre, ledig	155.—	7.80	4.—	3.—	1.30	4.50	6.32	26.02	16.7
Verkäufer, 26 Jahre, verh.	190.—	9.20	4.—	3.—	1.70	4.50	9.20	31.60	16.6
Buchhalter, 26 Jahre, 2 Kd.	247.—	12.—	6.—	3.65	1.70	4.50	15.75	43.60	17.7
Abteilungsvorsteher . . .	314.—	14.—	8.—	4.50	3.50	4.50	17.31	51.81	16.5

Diese Belastung liegt zwischen 12—24% des verdienten Lohnes. Sie drückt die reale Kaufkraft aller Arbeitnehmer weit unter den Friedensstand. Auch von dieser Betrachtung aus gesehen, erscheint die Forderung nach wesentlichen Lohnsteigerungen sehr viel wichtiger als die Forderung nach Rentenerhöhungen. Anders gesagt: Die Aufgabe der Gewerkschaften ist heute unvergleichlich viel wichtiger als die Aufgabe der Sozialversicherung. Selbsthilfe ist wichtiger als Staatshilfe.

Niemand wird diese Darlegungen als feindlich, ablehnend gegen die Staatshilfe auffassen können. Sie wenden sich gegen die Überschätzung des Staatszwanges und seiner Erfolge und wollen die seelischen Voraussetzungen sozialer Organisationen stärker betont wissen als bisher. In diesem Zusammenhang muß man sich besonders wenden gegen den Zentralismus und Sozialmilitarismus, der sich nicht zuletzt nach der Revolution breitmacht. Die Revolution und die Staatsumwälzung hat nämlich noch kein neues Prinzip in die Sozialpolitik hineingetragen. Die Republik arbeitet noch mit den demokratiefeindlichen sozialpolitischen Prinzipien und Methoden des Fürsorgestaates. Sie gibt mehr Sozialpolitik in der Menge,

aber sie gibt nur dieselbe Qualität. Wir türmen eine zentralistische Organisation auf die andere und bemerken nicht, daß der Geist aus diesen Organisationen allmählich entflieht. Am 22. September 1927 wurde in den Düsseldorfer Zeitungen die Neuwahl zum Ausschuß der Ortskrankenkasse in Düsseldorf ausgeschrieben, einer Kasse, die für ihr Gebiet eine überragende Bedeutung hat. Sie errichtete zur Ausübung der Wahl nur zwei Wahllokale, eines für Männer, eines für Frauen. Die Wahlzeit wurde auf eineinhalb Tage festgesetzt. Vor zwanzig Jahren waren dort große Wahlkämpfe, heute zeigt die ganze Organisation der Wahl, daß man nur mit einer geringen Wahlbeteiligung der Versicherten rechnet. Das Interesse ist sehr gesunken. Darin liegt die Gefahr für die ganze Sozialpolitik.

Bei Schäffle wird irgendwo ein Wort Bismarcks zitiert von 1881, das zeigt, daß Bismarck zwar das Richtige gewußt, aber nicht erreicht hat. Das Wort heißt: „daß man das Interesse der mitzahlenden Mitgenossen zum Wächter der Zweckmäßigkeit der Einrichtungen“ machen muß. Daß das nicht gelungen ist, darin liegt die Gefahr jeder Zwangsversicherung, und auch die deutsche Sozialversicherung und Sozialpolitik ist ihr nicht entgangen. In diesem Zusammenhang muß man am meisten von der Sozialversicherung sprechen, denn sie ist der bedeutsamste, der umfassendste Teil der Sozialpolitik, und nach ihrer ganzen Art kommen bei ihr am meisten die Gefahren der von oben herab geleiteten Fürsorge zum Ausdruck.

Wenn man die Frage stellt, wie man den einzelnen Versicherten am engsten mit seiner Versicherung verbinden, wie man ihm ein Gefühl der Mitverantwortung für das Wohl und Wehe der Einrichtung geben kann, wie er Einblick, Verständnis gewinnt, wie er durch sein Verhalten zur Erreichung des großen Zwecks beitragen kann, dann ist offenbar die große, für das ganze Reich oder für große Teile des Reiches zentralisierte Versicherung von dieser Möglichkeit am weitesten entfernt;

theoretisch könnte die örtlich organisierte Versicherung dieses Ziel am ehesten erreichen. Andererseits ist nicht zu verkennen, daß es gewisse Aufgaben gibt, die von großen zentralisierten und rationalisierten Körpern leichter erfüllt und durchgeführt werden können. So können z. B. große, modern eingerichtete Lungenheilstätten nicht von allen örtlichen Krankenkassen errichtet und erhalten werden. Rein oberflächlich gesehen, erscheinen hier große zentralisierte Versicherungsorgane, wie z. B. eine Landesversicherungsanstalt für Invalidenversicherung, zweckmäßiger. Vielfach scheint das aber nur so. Wenn man davon ausgeht, daß die örtliche Krankenkasse dem Versicherten am nächsten steht und ihm am ehesten noch ein Selbst- oder Mitverwaltungsrecht sichern kann, dann wäre es durchaus denkbar, daß für interlokale, größere Aufgaben mehrere Krankenkassen verbunden werden und so den interlokalen oder nationalen Versicherungskörper ersetzen können. Aber es soll nicht bestritten werden: zwischen der Notwendigkeit, dem einzelnen Versicherten das Gefühl der Mitverantwortung zu geben, und der anderen Notwendigkeit, auf rationellstem Wege eine große Aufgabe, z. B. eine planmäßige Gesundheits- und Vorbeugungspflege zu erreichen, besteht oft ein Gegensatz. Man muß da entweder wählen zwischen zwei Übeln, oder man muß einen Mittelweg gehen zwischen beiden. Nun führt die Tendenz jeder Bureaukratie zum Zentralismus. In Deutschland ist diese Tendenz noch stärker als in allen anderen germanischen Ländern, weil in den unteren Stellen von jeher nicht nur das Selbstverantwortungsgefühl nicht gestärkt, sondern sogar systematisch abgetötet wird. Der gute deutsche Beamte schielt stets nach oben. Anstatt selbständig zu entscheiden nach Lage des Falles, sucht er nach Präzedenzfällen, nach Anweisungen von oben, kurz gesagt: er sucht Deckung hinter dem Vorgesetzten. Damit wird bei uns die

natürliche Tendenz aller Bureaukratie zur Zentralisation noch weiter gestärkt. Aus anderen Gesichtspunkten wirkt der Einfluß der Sozialdemokratie auf die Sozialpolitik ebenfalls zentralistisch. Von der marxistischen Lehre her ist in den meisten Sozialisten der Gedanke lebendig, daß Zentralismus an sich schon ein Schritt zum Sozialismus sei. Der phantastische Gedanke, daß das Kapital und die Betriebe immer mehr in wenigen Händen zusammenfließen sollen und dadurch gewissermaßen naturnotwendig der Übernahme durch den Staat entgegenwachsen, hat sich in der Popularisierung für die Masse so gestaltet, daß der schematisch stufenweise aufgerichtete Organisationsbau, die Pyramide schon als ein sozialistischer Gedanke gilt. „Vereinheitlichung der Arbeiterversicherung“ ist dort seit Jahrzehnten ein Glaubenssatz, wobei man sich denkt, daß alles in einem Körper zusammengefaßt wird, in eine auf breitem Fundament ruhende Pyramide, bei der oben an der Spitze ein kleines Parlament steht, das alles anordnet. In Wirklichkeit hat diese schematische Auffassung mit Sozialismus nichts zu tun. Wenn je der Sozialismus kommt, wird er in dieser Form gewiß nicht kommen. Auch der Sozialismus wird sich eines Tages vor die Aufgabe gestellt sehen, in seinem System so viel Individualismus wie möglich zu erhalten.

Von einer anderen, der rein menschlichen Seite aus gesehen, führen folgende Erwägungen zum selben Ziel:

Die moderne Zivilisation bringt die Menschen näher aneinander und entfernt sie gleichzeitig voneinander. Nie in der Vergangenheit sind alle Menschen so voneinander abhängig gewesen wie in diesem Zeitalter der Technik. Einige Ereignisse der Nachkriegszeit haben uns diese Abhängigkeit deutlicher demonstriert, als sie uns früher bewußt war. Als in den Jahren 1919 und 1920 in Berlin öfter die Straßenbahnen, die Untergrundbahnen stillstanden, merkte man mit überzeugender Wucht, welch große Bedeutung der unscheinbare Dienst des

Straßenbahnführers oder -schaffners für die Allgemeinheit hat. Als im Februar 1922 bei einigen zehn Grad Kälte die gesamte Eisenbahn stillstand und gleichzeitig auch Straßenbahn, Untergrundbahn und Omnibusse, da merkte man die Hilflosigkeit des modernen Großstädtlers gegenüber solchen außergewöhnlichen Vorkommnissen. In großen, riesigen Elektrizitätswerken, die halbe Großstädte mit Kraft versorgen, sind nur fünfzig oder hundert Mann beschäftigt, und vielleicht sind es nur zehn oder fünfzehn, von denen eigentlich der ganze Betrieb abhängt und die alles stilllegen können. Wie haben wir im Kriege unsere Abhängigkeit gespürt von dem Getreidebauer im amerikanischen Westen oder in Kanada, von dem Baumwollfarmer in Ägypten oder in den Südstaaten der Vereinigten Staaten, von dem Viehzüchter und Milchbauer in Holland oder in Polen oder in Sibirien. Wohl eine Million Frauen und Kinder sind im Kriege infolge von Mangel an Nahrung mehr gestorben, als normalerweise notwendig war.

Diese Abhängigkeit der modernen Bevölkerung, und besonders der städtischen Bevölkerung voneinander, pflegt man in Amerika mit dem nicht gerade schönen Wort zu bezeichnen: „Wir leben alle davon, daß der eine die Wäsche des andern wäscht.“ In den Großstädten ist das ganz deutlich. Lediglich der Bauer steht noch etwas außerhalb dieses Betriebes, er ist noch mehr auf sich gestellt, er kann noch leben, wenn in der Stadt auch alles ruht oder stillliegt. Deshalb ist der Bauer auch heute noch ein stärkerer Individualist und wird es bleiben, solange die Bauernwirtschaft nicht ausschließlich für den Markt arbeitet, das heißt, solange sich nicht auch der deutsche Bauer spezialisiert und sich auf die Herstellung eines einzigen oder einiger weniger Artikel wirft. Von diesem Zeitpunkt ab muß auch der Individualismus bei dem Bauer nachlassen. Heute produziert der Bauer das, was er selber braucht, und er schafft nur den Überschuß auf den Markt. Sobald der Bauer nur für

den Markt arbeitet, wird sich zwar seine Lebenshaltung heben, aber seine Abhängigkeit von allen andern Arbeitenden wird sich steigern. Vielleicht liegt es daran, daß Stadt und Land sich manchmal so schwer verstehen, daß der Bauer noch einen individualistischen Betrieb hat, der Städter aber und auch der Beamte und Arbeiter in Kleinstädten und auf dem Lande miteinander in ein festes Joch eingespannt sind.

Nie in der Geschichte war die gegenseitige Abhängigkeit voneinander so groß, wie sie heute ist. Wenn man etwa das Zeitalter des Handwerks und der Zünfte als Gegenstück nimmt, so hat man in den Städten auf einer Stufe niedrigerer Technik eine ähnliche Abhängigkeit voneinander. Aber die Städte hatten nur einen kleinen Teil der Bevölkerung des Landes, und in den Städten waren es auch wesentlich die Handwerker und Kaufleute, die voneinander so abhängig waren. Die große Mehrzahl der Bevölkerung, auch damals Bauernbevölkerung, war überwiegend auf sich gestellt. Gewiß ist das Dorf an sich auch schon ein Stück gegenseitiger sozialer Abhängigkeit. Sie ist aber mehr gesellschaftlich als wirtschaftlich und sozial. In einem Lande, dessen Bauern auf Einzelgehöften sitzen, wie in Rußland oder auch in den Vereinigten Staaten, ist der Individualismus eine stärkere Kraft als in einem Lande wie Deutschland, das seit vielen Jahrhunderten die Tendenz zur Dorfentwicklung gezeigt hat.

In den mehr individualistischen Zeitaltern früherer Jahrzehnte und Jahrhunderte war das verbindende Element die Religion und die Kirche. Sie war auch sozial das verbindende Element; denn alle Wohltätigkeit war im wesentlichen kirchliche Wohltätigkeit, und erst vor wenig mehr als fünfzig Jahren hat sich die öffentlich-rechtliche bürgerliche Wohltätigkeit zugesellt.

Man muß diese skizzenhaft hingeworfenen Zusammenhänge sich vor Augen halten, wenn man die Frage der Förderung des

Gemeinsinns in der heutigen Gesellschaft näher prüfen will. Überall, wo die moderne Industrie einsetzt, steigert sich die Abhängigkeit voneinander, und es bleibt nicht nur bei der Abhängigkeit, sondern auf der Grundlage dieser Abhängigkeit wächst auch allmählich ein stärkeres Gefühl gesellschaftlicher Zusammengehörigkeit und gesellschaftlichen Gemeinsinns. Man kann sagen, die Menschen spielen sich besser aufeinander ein. Die mit der modernen Entwicklung verbundene vertiefte und verbreiterte Bildung, die Verbreitung des Wissens, die rapide Verbreitung des Bücher- und Zeitungslesens erzählen den Menschen täglich mehr von ihren gegenseitigen Abhängigkeiten und wirken erzieherisch in der Förderung des Gemeinsinns.

Das engere Aneinanderrücken der modernen Menschen, besonders der Stadtmenschen, hat aber auch die Folge stärkerer Entfremdung. In einem individualistischen Bauerndorf oder in der Kleinstadt findet der Einzelne mehr Anteilnahme an seinem persönlichen Schicksal als in der Großstadt. Diese stärkere Anteilnahme an seinem persönlichen Schicksal hat durchaus nicht immer ihre guten Seiten, führt, wie wir wissen, zur Klatscherei, zu viel gegenseitigen Reibungen. Aber sie hat auch andererseits in Millionen Fällen ein gegenseitiges Helfen in Zeiten der Not zur Folge, das uns in der Großstadt abhanden gekommen ist. Wer weiß in der Großstadt noch von den persönlichen Schicksalen der Bürger in der nächsten Straße? Ja, wer weiß von dem persönlichen Schicksal seiner Mitmenschen oft sogar im selben Haus noch etwas? In dem Haus, in dem ich heute wohne, in einer Wohnung, in der ich vor fünf Jahren noch selber gewohnt habe, hat sich dieser Tage eine Frau das Leben genommen. Niemand im Hause hat von den Schicksalen dieser Familie vorher etwas gewußt. Nachdem das Unglück geschehen ist, weiß man, daß jahrelange Krankheit und geistige Zerrüttung vorangegangen war. Aber

das alles erfuhr man erst, als die Frau sich das Leben genommen hatte. Das ist ein Beispiel für viele. Vor einigen Jahren starb einmal mein Nachbar, der Wand an Wand mit mir wohnte, und wurde begraben, ohne daß ich überhaupt eine Ahnung davon hatte. So steht dem stärkeren Miteinanderverbundensein durch die moderne Zivilisation sehr oft eine persönlich-menschliche Entfremdung gegenüber, die größer ist, als sie vielleicht in den Uranfängen deutscher Besiedlung war.

Auf der Hamburger Tagung der Gesellschaft für Soziale Reform 1927 war trotz aller gemeinsamen Anschauungen in vielen Dingen in einem Punkte meine Ansicht völlig entgegengesetzt derjenigen, die Herr Ministerialdirektor Grieser vertreten hat. Grieser stellte damals den Grundsatz auf, daß die staatliche Sozialversicherung die höchste Form gesellschaftlichen Gemeinsinns darstelle. Ich habe, wie oben, den umgekehrten Grundsatz aufgestellt, daß die Selbsthilfe und Selbstverwaltung den ethisch höchsten Grad des Gemeinsinns darstelle. Die moderne Sozialversicherung ist ein Kind der ganzen modernen Zivilisationsentwicklung. Soweit sie nicht aus allgemeiner staatlicher Notwendigkeit entsteht, wird die Sozialversicherung geschaffen, um dem modernen Massenmenschen in Zeiten der Not und des Elends zur Seite zu treten. Das ist ein eminent sozialer, ethischer und religiöser Gedanke. Er ist ein Beweis für meine obige Feststellung, daß das enge Miteinanderverbundensein aller modernen Menschen sich geistig und seelisch so auswirkt, daß man sich auch füreinander verantwortlich fühlt und füreinander etwas tut. Aber diese Art des sozialen Gemeinsinns, die an sich ein unvermeidlicher Bestandteil des modernen Lebens ist, dies gesteigerte Verantwortungsgefühl gegenüber anderen hat die Schattenseite, daß es völlig unpersönlich ist. Man tritt nicht in die Krankenversicherung ein, um irgendeinem bestimmten Freund, einem Verwandten,

überhaupt einem Menschen, mit dem man in seelischer Verbindung steht, nützlich zu sein. Soweit man nicht in die Krankenversicherung geht, um sich selber zu schützen (und das ist der Hauptgrund), tut man es in dem Empfinden, den tausenden und hunderttausenden Nachbarn und Mitbürgern in ihren Notzeiten auch behiflich zu sein. Hier tritt uns ein kollektiver Gemeinsinn entgegen, ein anonymer Gemeinsinn, der keine oder wenig Beziehung zu dem Einzelmenschen hat. Wenn uns ein Mensch nahekommt, der in besonderer Notlage ist, so fragen wir uns selten: wie können wir persönlich ihm helfen? — sondern wir fragen: zu welcher Krankenkasse gehört er, welche Ansprüche an die Invaliden- oder Unfallversicherung hat er? Welche Wege kann man ihm weisen, um die öffentliche Fürsorge in Anspruch nehmen zu können? Auch das ist ethisch und sozial ein wertvolles Aktivum, aber es ist unpersönlich. Der Gedanke, was man selber tun könnte, um zu helfen, tritt selten in unseren Gesichtskreis ein. Ich weiß, daß diese Entpersönlichung des sozialen Gemeinsinns eine unvermeidliche Folge unserer Gesamtentwicklung ist. Aber ich beruhige mich nicht bei dieser Erkenntnis. Mir genügt es nicht, daß dieser anonyme Gemeinsinn durch weitere Organisationsbildung gesteigert wird, sondern ich frage mich: Wie kann in die moderne Entwicklung ein Stück von persönlichem Mitempfinden, persönlicher Mitverantwortung hineingetragen werden? Ich frage mich, ob vielen Menschen nicht mehr gedient wäre mit einigen freundlichen Worten des Verstehens, mit einer persönlichen Anteilnahme an dem Schicksal des einzelnen, mit einer persönlichen hilfreichen Hand, als mit Verweisungen auf anonyme Wohlfahrts-einrichtungen oder soziale Versicherungen. Unsere Zeit leistet in der letzteren Hinsicht ungeheuer viel, trocknet viele Tränen, mildert vieles Elend. Aber das alles wäre noch viel wertvoller, wenn man persönliches Mitverantwortungs-

gefühl darin einschalten könnte. Und deshalb kam ich in Hamburg zu meiner Auffassung über die ethische Bedeutung des Gemeinns in der sozialen Zwangsversicherung einerseits und die ethische Bedeutung der Selbsthilfe und Bruderhilfe andererseits. In der Praxis ist das kein reiner Gegensatz, es ist in gewissem Sinne nur ein theoretischer Gegensatz. Aber es ist ein anderer Ausgangspunkt, der zu einer teilweise anderen Behandlung der Fragen und zu teilweise anderen Maßnahmen führt. In dem anonymen kollektiven Gemeinns schwingen nicht so viele menschliche Züge und menschliche Empfindungen mit als in der Selbsthilfe und Selbstverwaltung. Ethisch gesehen, steht nach meiner Ansicht die religiöse Fürsorge turmhoch über der modernen Zwangsfürsorge. Sie war weniger Rechnung, aber war mehr Gemüt und Mitgefühl, und auch das brauchen wir in der modernen Gesellschaft.

Man darf sich trotz aller Leistungen mit der etwas kalten großen Organisation nicht begnügen. Die Politik muß in diese kalte Form menschlichen Geist hineinzubringen versuchen. Dazu hat man sehr viel Gelegenheit, wenn man an einer entscheidend wichtigen Stelle steht. Ich weiß, es ist sehr schwer, das, was ich hier sage, in Einzelforderungen umzumünzen; denn es handelt sich weniger um einzelne große organisatorische Maßnahmen als um tausende und Millionen Einzelzüge, die allmählich in die Organisation hineingetragen werden müssen. Die wichtigste organisatorische Maßnahme ist die Steigerung der Mitverantwortung der Versicherten für die Leistung der Versicherung, also die Selbstverwaltung, die Selbsthilfe. Selbsthilfe und Selbstverwaltung sollen nicht die staatliche Zwangsversicherung ersetzen, sondern sollen sie ergänzen, sollen ihren Geist befruchten, sollen ihr mehr menschliche Züge aufprägen. Aber das ist erst ein Anfang, der dazu dienen soll, dem menschlichen Mitgefühl und der Mitverantwortung breitere Kanäle zu öffnen. In dem organisatorischen Aufbau der

Sozialversicherung haben wir so ziemlich den Höhepunkt dessen erreicht, was in absehbarer Zeit durchgeführt werden kann. Aber nun beginnt die größere Aufgabe, ihn mit Gesinnung zu erfüllen, mit menschlichem Mitgefühl, mit menschlicher Hilfsbereitschaft. Das kann man am wenigsten durch Gesetze, eher schon durch Einzelmaßnahmen der Verwaltung. Aber die Hauptsache ist, daß die Sozialversicherung und viele andere Zweige der sozialen Fürsorge diese zweite große Entwicklungsstufe erkennen. Was das Gesetz schematisch zusammengefügt hat, muß der menschliche Geist, muß eine kluge Politik mit Seele und Wärme erfüllen.

Am gesundesten ist noch die Organisation des deutschen Krankenkassenwesens. Sie fußt auf örtlicher Grundlage und steht dem Versicherten nahe. Damit ist nicht gesagt, daß sie fehlerfrei ist. Einerseits kann im Krankenkassenwesen eine weitere Verschmelzung wohl noch befürwortet werden. Kleine und kleinste Kassen von hundert, fünfhundert oder tausend Mitgliedern sind unrationell. Andererseits sind Riesenkassen, wie die Berliner Ortskrankenkasse mit fünfhunderttausend Mitgliedern, dem Versicherten ebenso fern wie eine Landesversicherungsanstalt oder die Reichsversicherungsanstalt. Ob diese Riesengebilde wirklich rationeller arbeiten wie eine mittlere Kasse von etwa 30—60000 Mitgliedern, ist sehr fraglich. Den Ersparnissen auf der einen Seite stehen sicher Mehrausgaben durch wachsende Entfremdung der Versicherten gegenüber. Die Riesenkassen bringen auch noch eine andere Gefahr mit sich — die der Verbeamtung des Ärztestandes. In dem gewaltigen Betrieb einer großen Kasse steht der einzelne Arzt der Kassenverwaltung fast so fern wie der einzelne Versicherte. Daraus entsteht unzweifelhaft ein Mißbrauch von Kassenmitteln, den auch die Ärzteorganisationen vergeblich bekämpfen. Uns liegt der Bericht einer Berliner Kasse vor, wonach sich 1926 die Auslagen für Arzneien gegen-

über 1913 um 338 Prozent erhöht haben. Im Zusammenhang mit der bekannten Seuche unserer Zeit, nämlich der Überschätzung der Arzneien, drängt das System der Massenkassen zu großen Verschleuderungen sowohl in der Inanspruchnahme ärztlicher Hilfe als von Arzneien.

Man sollte darüber nachdenken, wie man das Krankenkassenwesen ordnen kann unter weitgehender Bevorzugung der mittleren Kassen von 30—60000 Mitgliedern. In Großstädten wird man dazu auch oft auf die Berufskasse, die jetzige besondere Ortskrankenkasse, zurückgreifen dürfen. Hand in Hand damit müßte die erleichterte Zulassung von Ersatzkassen ins Auge gefaßt werden.

Fast ganz ohne tiefgreifende Verbindung mit den Versicherten ist die Invalidenversicherung. Die wenigen Ausschlußmitglieder können in den großen Bezirken nicht als eine genügende Verbindung mit den Versicherten angesehen werden. Man könnte daran denken, die Invalidenversicherung einzugliedern in die nach obigen Vorschlägen neugegliederten Krankenkassen. Stehen dem unüberwindliche Schwierigkeiten entgegen, so muß den an die Versicherung Beiträge leistenden Arbeitnehmern und Unternehmern die völlige Selbstverwaltung der Invalidenversicherung gesichert werden.

Es gibt kein einzelnes Schema der Versicherung, das ohne weiteres für alle Versicherungseinrichtungen paßt. Gerade wer das Ziel verfolgt, die Versicherten in engen Zusammenhang mit der Versicherung zu bringen, und wer dabei gleichzeitig den Weg der größtmöglichen Zweckmäßigkeit will, wer also das Kompromiß zwischen diesen beiden sich gelegentlich widerstreitenden Aufgaben sucht, muß für jede Versicherungsart die Form suchen, die diesen beiden Aufgaben am besten Rechnung trägt. Ein Weg, um die Versicherten für das Wohl und Wehe der Versicherung zu interessieren, ist der des lokalen Zusammenschlusses. Er wird in den Kranken-

kassen beschränkt. Für die Arbeitslosenversicherung würde der lokale Zusammenschluß unzweckmäßig sein. Denn Arbeitslosigkeit entsteht überwiegend aus allgemeinen Wirtschaftsursachen. Mehr als bei der Krankheit oder der Invalidität kann man auch die Arbeitslosigkeit durch allgemeine Maßnahmen verhüten. Hier gibt die Versicherung nach Berufsgruppen die besten Grundlagen einerseits für eine planmäßige Verhütung der Arbeitslosigkeit, andererseits für eine möglichst enge Interessierung der beteiligten Arbeitnehmer und Unternehmer an der Versicherung. Sonderbarerweise besteht in Deutschland ein besonderes Vorurteil dagegen, die zwanzig oder dreißig großen Berufsgruppen auch als sozialpolitische Körperschaften heranzubilden. Einige Liberale und Sozialisten sehen darin die Gefahr des berufsständischen Staates auftauchen. Andere sehen darin eine Annäherung an syndikalistische Ideen. Beides ist falsch. Es ist eine rein praktische Frage, ob man die Zugehörigkeit zu einer großen Berufsgruppe zur Unterlage sozialpolitischer Organisation macht. Wenn eine lebenskräftige Selbstverwaltung auf dem Boden der Berufsgruppe leichter zu erzielen ist als auf der Grundlage allgemein bürokratischer Organisation, dann darf man nicht zögern, diesen Weg zu beschreiten. Auch der Einwand, daß man durch die berufsgenossenschaftliche Organisation die allgemeine Verteilung des Risikos unmöglich macht, ist prinzipiell abwegig. So wenig in der Invalidenversicherung die allgemeine Verteilung des Risikos durch die territoriale Organisation unterbunden ist, so wenig steht dem die berufsgenossenschaftliche Organisation im Wege. Eine andere Frage ist es, ob und in welchem Umfange es mit dem Versicherungszweck, d. h. hier der Verhütung der Arbeitslosigkeit, verträglich ist, das Risiko ganz allgemein zu verteilen. (Siehe dazu auch meine Ausführungen in der Schrift: „Wirtschaft und Sozialpolitik“. Verlag Rohland und Berthold, Crimmitschau.)

Wie man sich auch zu den Einzelheiten der Organisation der Sozialversicherung stellen will, eines müßte allgemeine Zustimmung finden, nämlich die Notwendigkeit, diese Einrichtungen zu entstaatlichen und sie der vollen Selbstverwaltung der Beteiligten zu übergeben. Man kann zu diesem Ziel der Selbstverwaltung oft auf mehreren Wegen gelangen. Das Ziel selbst entspricht dringender Notwendigkeit.

In früheren Schriften (besonders in „Moderne Sozialpolitik“, Sieben Stäbeverlag, Berlin-Zehlendorf) habe ich die Gründe für diese Forderung eingehend dargelegt. Ich fasse zusammen:

1. Die heutige Form der Sozialpolitik und besonders der Sozialversicherung stammt aus dem Fürsorgestaat, der die Selbständigkeit der Arbeitnehmer nicht wollte und seine Aufgabe in einer obrigkeitlichen Fürsorge sah. Man kann dies System nicht fortführen, ohne dem neuen Staat ein Stück von seinem Lebensgeist zu nehmen, nämlich von der Notwendigkeit, die Bürger zur Selbstverantwortung und Selbstverwaltung zu erziehen. Was die gemeindliche Selbstverwaltung Steins für die politische Erziehung des Bürgertums gebracht hat, muß die soziale Selbstverwaltung für die politische Erziehung der Arbeitnehmerschaft leisten.

2. Das aus dem System der staatlichen Zwangssozialpolitik entstehende Muß, alle notwendigen Ergänzungen und Änderungen der Sozialpolitik durch die Parlamentsmaschine Reichsrat—Reichstag zu jagen, belastet den ohnehin überlasteten Reichstag so sehr, daß er anderen wichtigen Aufgaben nicht genug Aufmerksamkeit widmen kann. Infolgedessen sind diese Beratungen und Beschlüsse nur das Werk von zwei Dutzend Spezialisten, während die große Mehrzahl der Parlamentarier diesen Dingen gar nicht zu folgen vermag.

3. Durch die Vorlagen der Regierung und die Entschlüsse des Parlaments wird die Verantwortung für das Wohl und Wehe der Versicherungen und der sonstigen sozialpolitischen Einrich-

tungen in weitgehendem Umfange denen abgenommen, die sie eigentlich tragen müßten, nämlich den Versicherten und ihren Beauftragten. Deshalb werden oft unzweckmäßige Beschlüsse gefaßt, die wenigen nützen und vielen schaden.

4. Die staatliche Zwangssozialpolitik ohne Selbstverwaltung fördert mehr als nötig die in Deutschland ohnedies schon übermächtige Tendenz zur Vermehrung des öffentlichen Beamten­tums, zur Verbeamtung des Volkes. Sie vermindert in gleichem Grade die Selbstverantwortung der Bürger. Auf die Dauer hält sich kein Staat, dessen Bürger alles von oben erwarten. Es ist schon heute so, daß jeder Stand alles vom Staat erwartet. Der Bauer und der Unternehmer rufen nach Schutzzöllen, Steuererleichterungen. Die Arbeitnehmer rufen oft nach Staatshilfe auch da, wo sie mit ihren Selbsthilfeorganisationen, z. B. den Gewerkschaften, wohl in der Lage wären, sich selbst zu helfen.

5. Es ist sehr viel wichtiger und moralisch bedeutsamer, wenn die weitere Verbesserung der sozialen Lage der breiten Volks­masse, soweit es sich um gesunde, leistungsfähige erwachsene Menschen handelt, durch Selbsthilfe und Gewerkschaftsorgani­sationen direkt vor sich geht, durch Steigerung der Reallöhne, als wenn auf dem kostspieligen Umwege durch Zwangsspar­kassen, Steuern usw. zuerst ein wachsendes Beamtenheer er­nährt wird und erst der Rest denen zukommt, die das Geld ver­dienen müssen. Auch bei dieser Regelung werden Reich, Län­der und Gemeinden noch zahlreiche Aufgaben in der sozialen Fürsorge für Waisen, Witwen, Arme usw. behalten.

Aber nur eine völlige Selbstverwaltung, besonders in der Sozialversicherung, kann die hier aufgezeigten Mängel einiger­maßen beseitigen. Warum sollen z. B. die Angestellten mit ihren Unternehmern nicht fähig sein, die Angestelltenversiche­rung selbst verantwortlich zu leiten? Warum muß ihnen das Reich erst den Präsidenten dieser Anstalt und ihre obersten Beamten aufoktroieren? Warum muß dasselbe in der Inva-

lidenversicherung geschehen, wo die Versicherten fast keine Spur von Selbstverwaltungsrechten haben? Eben jetzt ist die Reichsanstalt für die Arbeitslosenversicherung in der Bildung begriffen. Ihr Präsident und ihre obersten Beamten werden wieder vom Reichspräsidenten oktroyiert. Die Versicherten, nicht einmal die fünfzehn sehr gut ausgesiebten und an ihrer Verantwortung schwer tragenden Vorstandsmitglieder der Reichsanstalt haben das Recht, die obersten Beamten zu wählen. Dabei ist diese jetzige sogenannte Selbstverwaltung in der Arbeitslosenversicherung himmelweit entfernt von einer wirklichen Selbstverwaltung. Der Versicherte selbst hat in dieser „Selbstverwaltung“ keine Stimme. Auf keinem Wege ist versucht worden, ihn an dieser Aufgabe irgendwie zu interessieren. Er hat nur zu zahlen und eventuell Unterstützung zu beanspruchen. Könnte man sich eine gemeindliche Selbstverwaltung vorstellen ohne das Recht, den Bürgermeister zu wählen? Kann man sich eine gemeindliche Selbstverwaltung denken ohne eine Spur von Selbstbestimmungsrecht hinsichtlich der Einnahmen? So aber ist heute die sogenannte „Selbstverwaltung“ in der sozialen Versicherung, soweit sie über die Krankenkassen hinausgeht.

Die erste Darlegung dieser Ideen wurde im Jahre 1922 auf dem Verbandstag der deutschen Gewerkschaften gegeben. (Die hier niedergelegten Gedanken sind also kein Erzeugnis meiner Studienreise nach Amerika.) Damals lag der Entwurf zur Schlichtungsordnung vor, der das System der staatlichen Sozialpolitik auf die Spitze treiben wollte. Um den Arbeitsverlust, der durch Streik und Aussperrung entsteht, einzuschränken, sollten in Deutschland viele Hunderte amtliche Schlichtungsbehörden eingesetzt werden, und, was prinzipiell noch schlimmer war, es sollte den frei gebildeten tariflichen Schlichtungsstellen, Einigungsämtern usw. ihre Auflösung nahegelegt werden zugunsten der amtlichen Schlichtungsbehörden. Damals wurde

nachgewiesen, daß die Schlichtungsbehörden mehr kosten würden, als gespart werden könnte, wenn es gelänge, alle Streiks und Aussperrungen zu beseitigen. Die ganze Kritik — siehe: Moderne Sozialpolitik. Sieben Stäbeverlag — hatte den Erfolg, daß die bereits im Reichstage liegende „Schlichtungsordnung“ in der Versenkung verschwand und man sich später im Rahmen des Ermächtigungsgesetzes jener einfachen und billigen Form der amtlichen Schlichtung zuwandte, die ich 1922 vorgeschlagen. Ob damit die Sache für dauernd geregelt ist, bleibt fraglich. Zur Zeit genügt dies System vollständig. Soweit man kritisieren kann, müßte sich diese Kritik hauptsächlich gegen die Unternehmer- und Arbeitnehmervereinigungen richten, die viel zu sehr die Verantwortung für Abmachungen dem staatlichen Schlichter zuschieben, statt selber diese Verantwortung zu tragen. Der Staat sollte in erster Linie darauf dringen, daß die Beteiligten die entscheidenden Abmachungen selber treffen. Eine weitsichtig geleitete Sozialpolitik muß darin ihre erste Hauptaufgabe sehen, und es gibt dazu zahllose Möglichkeiten, die durchaus nicht immer, nicht einmal in erster Linie auf dem Gebiete der Gesetzgebung liegen. Hier und an manchen anderen Stellen kommt es mehr auf zielbewußte Erziehung besonders durch das Reichsarbeitsministerium an, als auf Gesetze. Im Gegensatz zu der Kritik weiter Unternehmerkreise muß man freilich festhalten, daß, wenn alle Einigungsversuche der Beteiligten mißlingen, der Staat das Recht zum Zwangsschiedsspruch behalten muß.

Auf vielen anderen Spezialgebieten der Sozialpolitik kann und sollte sich der Staat schrittweise und planmäßig zurückziehen und die Beteiligten selbst handeln und entscheiden lassen. Ist es z. B. richtig, die Regelung der Arbeitszeit durch Gesetz vorzunehmen? Die Arbeiter sind ja heute fast einmütig für die gesetzliche Festlegung des Achtstundentages. Ich bin für den Achtstundentag, habe ihn stets mit Entschiedenheit ge-

fordert und werde ihn immer fordern; aber ich stehe der schematischen gesetzlichen Festlegung sehr skeptisch gegenüber. Wenn in Deutschland immer die gesetzliche Festlegung verlangt wird, dann ist das nicht zuletzt die Schuld der Unternehmer, die fast jedes freiwillige Entgegenkommen ablehnen und deshalb die Kräfte der Arbeitnehmer mehr als nötig auf das Gebiet drängen, wo sie stärker sind, nämlich ins Parlament. Wie überhaupt die offizielle Unternehmerpolitik nicht zum wenigsten, wenn auch gegen ihren Willen, mitschuldig ist an der Verhärtung und Versteifung der Ansichten. Das hier vertretene System der Selbsthilfe, zu dem sich gelegentlich auch einige Unternehmer bekennen, ist eben nur dann dauernd möglich, wenn mit menschlichem und sachlichem Verständnis der Weg der Verständigung gesucht wird. Eine freie Regelung der Arbeitszeit, ausgehend von der klar innegehaltenen Grundlage des Achtstundentages, kann sich viel besser der Notwendigkeit der einzelnen großen Gewerbe anpassen, als es die gesetzliche Regelung kann. Wo früh oder spät eine gesetzliche Regelung unvermeidlich ist, sollte man dafür eine beweglichere Form suchen, als das gewöhnliche Gesetz bieten kann. Eine solche wäre ein Rahmengesetz, das etwa bestimmt:

1. Von einem bestimmten Tage ab gilt der Achtstundentag als Normal- und Maximalarbeitstag.

2. Die Unternehmer und Arbeitnehmer aller Gewerbe haben das Recht, eine Verständigung über die Durchführung und Anwendung dieses Grundsatzes herbeizuführen mit der Maßgabe, daß dann die vereinbarte Regelung in Kraft tritt statt der gesetzlichen.

3. Sie haben bei dieser Vereinbarung weitgehenden Spielraum, können die Jahresarbeitszeit eventuell saisongemäß verteilen, können sie an den einzelnen Wochentagen verschieden verteilen, können in beschränkten Fällen auch statt kürzerer Arbeitszeit höhere Löhne oder längere Ferien vereinbaren usw.

4. Die gewerblichen Vereinbarungen treten, wenn sie von beiden Teilen mit Mehrheit angenommen werden, an die Stelle der gesetzlichen Regelung und werden als allgemeinverbindlich erklärt.

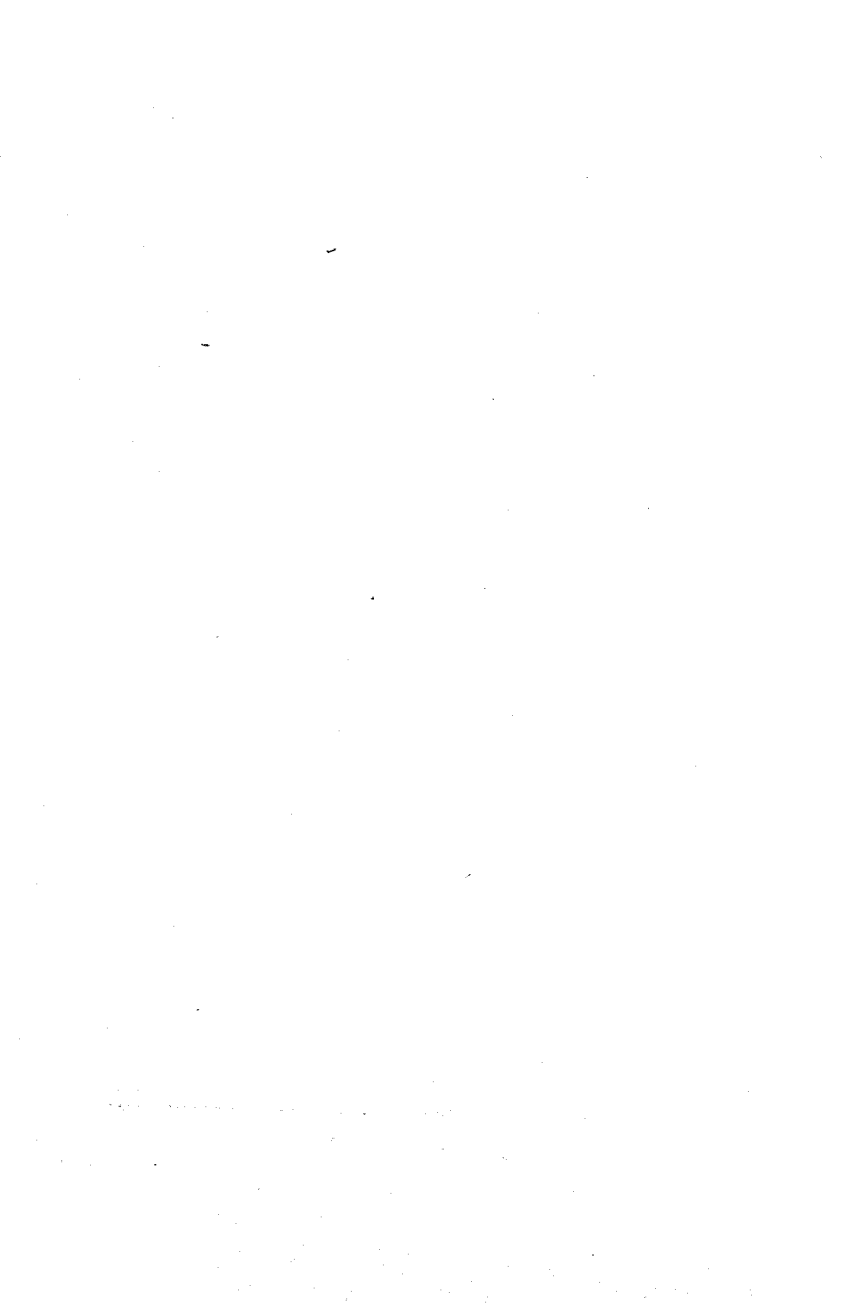
Das wäre ein auch für deutsche Verhältnisse brauchbarer Mittelweg zwischen dem starren System der rein gesetzlichen und dem unstarren System der gänzlich freien Vereinbarung, die wohl in Deutschland keine Zukunft mehr hat. Es kommt entscheidend darauf an, so viel Selbstverantwortung und Selbstbestimmung zu retten, als möglich ist. Es kommt ebenso darauf an, den Staat von Verantwortungen, die er nicht tragen kann, zu entlasten.

Dieses System des staatlichen Rahmengesetzes, dem dann durch den freien Entschluß der Beteiligten Inhalt zu geben ist, läßt sich in manchen anderen Fällen verwenden, nicht zuletzt beim Arbeitsnachweis.

Diese sozialpolitischen Reformvorschläge werden nicht allwegs auf Zustimmung stoßen. Das höhere Beamtentum hat noch mehr Freude an seiner eigenen, mit Scheinselbstverwaltung verbrämten Diktatur, als an seiner eigentlichen und höheren Aufgabe, den Bürger zur Selbstverantwortung zu erziehen. Es fürchtet das, was eigentlich sein höchster Ehrgeiz sein sollte, nämlich sich selber überflüssig zu machen. Die Gedanken der Arbeitnehmerschaft sind bei der scheinbar bequemeren Form der Staatshilfe eingefroren. Die Sozialdemokratie ist geneigt, in jeder „einheitlichen“ Regelung, in jeder zentralistischen Anordnung einen Erfolg ihrer Ideen zu sehen. Die Unternehmer haben als Gesamtheit überhaupt noch kein soziales, geschweige denn ein sozialpolitisches Programm. Ihr sozialpolitisches Bekenntnis erschöpft sich immer noch in dem einen Worte: Nein! Die breite öffentliche Meinung denkt über diese Dinge nicht nach, ahnt nichts von den sozialpsychologischen Zusammenhängen von Staatspolitik und Sozialpolitik. Überhaupt: wer hat

noch den Willen, wer hat noch die Zeit, wer hat noch die Fähigkeit, grundsätzlich zu denken? Damit spielt man, aber man handelt nicht danach. Jeder Schreiber liest nur das, was er selber geschrieben hat.

So wird man auf eine baldige Durchführung dieser Gedanken kaum rechnen können. Um so mehr ist es Aufgabe einer reformerisch gesinnten liberalen Demokratie, Kritik zu üben und Verbesserungsvorschläge zu machen, die sich einmal über das hinwegsetzen, was täglich und stündlich als vom Großvater überkommen als richtig angebetet wird; die sich einmal hinwegsetzen über das kurzsichtige, aus dem Tag entstehende und mit dem Tag vergehende Interessentengeschwätz, und die dafür das Staatsinteresse, das Allgemeininteresse hervorheben . . . Letzten Endes waren diese Bannerträger einer kommenden Zeit doch stets die Sieger.



WELTGEIST-BÜCHER

umfassen den Geist der ganzen Welt

Verzeichnis der Nr. 1—345

Eine Nummer, in Ganzleinen gebunden	0.65 RM
zwei Nummern in einem Band, in Ganzleinen gebunden ..	1.25 RM
drei Nummern in einem Band, in Ganzleinen gebunden ..	1.80 RM
vier Nummern in einem Band, in Ganzleinen gebunden ..	2.20 RM
fünf Nummern in einem Band, in Ganzleinen gebunden ..	2.60 RM

Die Sammlung wird laufend fortgesetzt.

Wo nicht erhältlich, unmittelbare Anforderung beim Verlag
Berlin-Charlottenburg 2, Berliner Straße 42/43, erbeten.

*

1. Erzählende Werke:

- | | |
|---|---|
| Alexis, Pommersche Gespenster. Nr. 211 | Bourget, Paul, Der Sachverständige und andere Erzählungen. Nr. 163 |
| Anzengruber, L., Der Schandfleck. Nr. 22 bis 25 | Boutet, Fr., Drehbühne. Nr. 126 |
| Apuchtin, Das Archiv der Gräfin D. Nr. 159 | Brachvogel, Marietta Manzini und Die Grenzfeve. Nr. 38 |
| Arnim, Achim v., Die Kronenwächter. Nr. 242—244 | Brentano, Clemens, Aus der Chronika eines fahrenden Schülers. Nr. 239 |
| Aschenborn, H. A., Mardadi und andere Kolonial-Erzählungen. Nr. 60 | Büchner, L., Weihnachtsmärchen. Nr. 241 |
| Auerbach, B., Diethelm von Buchenberg. Nr. 93—95 | Cervantes, Das Zigeunermädchen von Madrid. Nr. 235 |
| Balzac, Das Mädchen mit den Goldaugen. Nr. 103 | Chamisso, Peter Schlemihls wundersame Geschichte. Nr. 260 |
| Balzac, Verhüllte Liebe. Nr. 199 | Döblin, Alfred, Der Feldzeugmeister Cratz. — Der Kaplan. Nr. 141 |
| Bang, Fahrendes Volk. Nr. 334—335 | Droste-Hülshoff, Die Judenbuche. Nr. 154 |
| Barbey d'Aureville, Glück im Verbrechen. Nr. 209 | Dülberg, Marianne Strehla. Nr. 336—337 |
| Baum, Vicki, Miniaturen. Nr. 100 | Duvernois, Der Regenschirm. Nr. 70 |
| Bernard, Tristan, Der Fall Larcier. Nr. 273—274 | Eichendorff, Aus dem Leben eines Taugenichts. Nr. 187 |
| Bethge, Die Hochzeit des Freundes. Nr. 326—327 | Endres, Der lachende Philosoph im Orient. Nr. 340—341 |
| Bismarck, H. A., Die merkwürdigsten Begebenheiten und Abenteuer aus dem sehr bewegten Leben des H. F. W. Achaz v. Bismarck. Nr. 43—45 | Ewers, Hanns Heinz, Absonderliche Geschichten. Nr. 222—223 |
| Björnson, Der Brautmarsch. Nr. 256 | Fendrich, Allerhand Volk. Nr. 106—107 |
| Bordeaux, Henri, Der Zeuge. Nr. 41 | Flaubert, Ein einfaches Herz. Nr. 148 |
| Borrmann, M., Frühe Schuld und andere Erzählungen. Nr. 47 | Flaubert, Die Legende von St. Julian dem Gastfreien. Nr. 168 |
| Bost, Herkules und Mademoiselle. Nr. 146 bis 147 | Flaubert, Herodias. Nr. 189 |
| | Fouqué, Undine. Nr. 117 |
| | François, Louise v., Der Posten der Frau. Nr. 13 |

Fröschel, Georg, Das schrecklichste Erlebnis und andere Erzählungen. Nr. 39 bis 40
Geijerstam, G. af, Irre am Leben. Nr. 78 bis 79
Ginzkey, Der Prinz von Capetrano. Nr. 295
Girardeux, Der kleine Herzog. Nr. 309
Goethe, Werthers Leiden. Nr. 2—3
Gotthelf, J., Die schwarze Spinne. Nr. 12
Gotthelf, J., Kurt von Koppigen. Nr. 54 bis 55
Greeven, Der Schatz im Himmel. Nr. 338 bis 339
Grautoff, Kampf um Gott. Nr. 328—329
Grillparzer, Franz, Das Kloster bei Sendomir. — Der arme Spielmann. Nr. 221
Hallström, Per, Gustav Sparfverts Roman. Nr. 71—73
Hartleben, O. E., Das Ehefest u. a. Nr. 245
Hartmann, M., Der Gefangene von Chilon. Nr. 56—58
Hauff, Wilhelm, Phantasien im Bremer Ratskeller. Nr. 262
Hegeler, W., Das Gerücht und andere Erzählungen. Nr. 89—90
Heimann, Moritz, Die Tobiasvase. Nr. 257
Heine, Anselma, Die Erscheinung. Nr. 218
Hillekamps, K., Der sonderbare Gast und andere Erzählungen. Nr. 99
Hochstetter, Romantische Novellen. Nr. 128—129
Hoffmann, E. T. A., Das Fräulein von Scuderi. Nr. 6
Hoffmann, E. T. A., Die Elixiere des Teufels. Nr. 164—166
Hohlbaum, Zepter und Ziegenhainer. Nr. 193—194
Jean Paul, Des Luftschiffers Giannozzo Seebuch. Nr. 288—289
Kaergel, Das Spiel mit dem Jenseits. Nr. 312—313
Kappstein, Anna, Die zweite Frau. Nr. 32—33
Kayser, Das Verbrechen von Haus Swindon. Nr. 297
Keller, G., Das Fähnlein der sieben Aufrechten. Nr. 212
Keller, G., Das verlorene Lachen. Nr. 62 bis 63
Keller, G., Die mißbrauchten Liebesbriefe. Nr. 83
Keller, G., Romeo und Julia auf dem Dorfe. Nr. 10
Kinkel, Johanna, Musikalische Orthodoxie. Nr. 207
Kleist, H. v., Michael Kohlhaas. Nr. 76
Koch, Ernst, Prinz Rosa-Stramin. Nr. 283 bis 284

Kretzer, Max, Novellen. Nr. 135—136
Kugler, Franz, Werner von Tegernsee. Nr. 208
Kurz, Isolde, Genesung. Nr. 110—111
Landau, Lola, Abgrund, zwei Erzählungen von Liebe und Tod. Nr. 34
Lavedan, Henry, Bei einer gemeinsamen Freundin. Nr. 9
Lenormand, Spione. Nr. 302—303
Leonhard, Beate und der große Pan. Nr. 332—333
Lerbs, Karl, Die Spende, ein buntes Buch. Nr. 48
Lie, Jonas, Sklave des Lebens. Nr. 29—30
Lilienfein, Heinrich, Zwischen Dunkel und Tag und andere Erzählungen. Nr. 61
Lipp, Herbert, Auf Gut Samlandeek. Nr. 308
Lissauer, Ernst, Die dritte Tafel. Nr. 304
Locke, Die Geißel. — Strandgut. Nr. 145
Loti, Pierre, Reiseskizzen und Novellen. Nr. 114
Maupassant, Yvette. — Nutzlose Schönheit. Nr. 319—320
Meinhold, W., Maria Schweidler, die Bernsteinhexe. Nr. 225—227
Mérimee, Prosper, Carmen. Nr. 236
Mörrike, Ed., Mozart auf der Reise nach Prag. Nr. 69
Musset, de, Der Sohn des Tizian. Nr. 259
Nathusius, Marie, Tagebuch eines armen Fräuleins. Nr. 179—180
Ompteda, Georg von, Das Blut. Nr. 7—8
Pain, Barry, Die Liebe und der Hund. Nr. 31
Petri, Mutterlohn. Nr. 181—182
Poe, Pym's abenteuerliche Erlebnisse. Nr. 185 bis 186
Pontoppidan, Rotkäppchen. Nr. 155—156
Poulaille, H., Kinderschicksal. Nr. 266
Pugh, Edwin, Das wahre Gesicht. Nr. 42
Quincey, Bekenntnisse eines englischen Opiumessers. Nr. 276—277
Regnier, Der Doppelgänger. Nr. 112
Riehl, W. H., Burg Neideck. Nr. 272
Rüttenauer, Benno, Der Gott und der Satyr. Nr. 237—238
Salten, Felix, Die kleine Veronika. Nr. 108 bis 109
Scharrelmann, W., Das Testament. Nr. 113
Schlaf, Johannes, Die andere Dimension. Nr. 96—98
Seidel, Der Uhrenspuk. Nr. 330—331
Siwertz, Sigfrid, Die Mälarpiraten. Nr. 143 bis 144
Soyka, Otto, Die Erfolge Philipp Sonlos. Nr. 91—92

Spies, Hodscha Nasreddin. Nr. 285
 Spies, Türkische Erzähler der Gegenwart.
 Nr. 198
 Stevenson, Die Schatzinsel. Nr. 132
 bis 134
 Stifter, A., Der Hagestolz. Nr. 286
 bis 287
 Stifter, A., Die Narrenburg. Nr. 17
 bis 18
 Stoessl, Die Schmiere. Nr. 142
 Storm, Der Schimmelreiter. Nr. 14—15
 Storm, Theodor, Ein Fest auf Haderslev-
 hus. Nr. 64
 Storm, Immensee. Nr. 188
 Storm, Pole Poppenspäler. Nr. 305
 Storm, Theodor, Zur Chronik von Gries-
 hus. Nr. 174
 Strindberg, August, Historische Miniatur-
 en. Nr. 4—5
 Strobl, Karl Hans, Der Häuptling Sisanda.
 Nr. 177—178

Tieck, Des Lebens Überfluß. Nr. 316
 Tillier, Mein Onkel Benjamin. Nr. 138
 bis 140
 Traun, Julius von der, Der Schelm von
 Bergen. Nr. 175—176
 Twain, Mark, Humoresken. Nr. 127
 Ulitz, Die vergessene Wohnung. Nr. 342
 bis 343
 Villiers de l'Isle-Adam, Vera. Nr. 344
 bis 345
 v. Volkmann-Leander, Träumereien an
 französ. Kaminen. Nr. 248—249
 Walesrode, Der Storch von Nordental.
 Nr. 310—311
 Wegner, Armin T., Wie ich Stierkämpfer
 wurde. Nr. 318
 Weigand, Wilhelm, Rosmarie, Die Häfeles-
 gucker, Begegnungen. Nr. 161—162
 Wester, Ellen, Ine-Mine-Lisbet und Tante
 Sofia-Regina. Nr. 49
 Zola, Emile, Novellen. Nr. 20—21

2. Reisewerke, Völkerkunde:

Blunck, Brasilianische Reise. Nr. 157—158
 Busbeck, v., Türkische Gesandtschaft.
 Nr. 74—75
 Droste-Hülshoff, Bilder aus Westfalen.
 Nr. 240
 Erkelenz, Anton, Amerika von heute.
 Nr. 203—204
 Frike, Ostindianische Reise. Nr. 118—119
 Humboldt, W. v., Der Montserrat. Nr. 16

v. Kahlenberg, Die andere Welt. Nr. 275
 Loti, P., Reiseskizzen und Novellen.
 Nr. 114
 Nachtigal, Sahara und Sudan. Nr. 219
 bis 220
 Scheffel, J. Viktor v., Reisebilder. Nr. 52
 bis 53
 Schlözer, Kurd von, Briefe aus Mexiko.
 Nr. 205—206

3. Dramatische Werke:

Anzengruber, L., Der Pfarrer von Kirch-
 feld. Nr. 51
 Aeschylus, Agamemnon. Nr. 1
 Büchner, Georg, Dantons Tod. Nr. 59
 Freytag, Die Journalisten. Nr. 101—102
 Gobineau, Die Renaissance. Nr. 215—217
 Goethe, J. W. v., Egmont. Nr. 84
 Goethe, J. W. v., Faust I. Teil. Nr. 167
 Goethe, Iphigenie auf Tauris. Nr. 125
 Grabbe, Chr. D., Napoleon. Nr. 201—202
 Grillparzer, Fr., Des Meeres und der Liebe
 Wellen. Nr. 137
 Hebbel, Maria Magdalene. Nr. 120
 Kleist, H. v., Prinz von Homburg. Nr. 65
 Kleist, Käthchen von Heilbronn. Nr. 160

Kleist, Hermannschlacht. Nr. 296
 Lassalle, F., Franz von Sickingen. Nr. 85
 bis 86
 Lessing, G. E., Minna von Barnhelm.
 Nr. 123
 Lessing, Emilia Galotti. Nr. 271
 Marlowe, Ch., Doktor Faustus. Nr. 124
 Molière, Der eingebild. Kranke. Nr. 230
 Shakespeare, Hamlet. Nr. 261
 Schiller, F. v., Don Carlos. Nr. 66—67
 Schiller, F. v., Wilhelm Tell. Nr. 19
 Sophokles, Antigone. Nr. 50
 Wagner, R., Die Meistersinger von Nürn-
 berg. Nr. 251
 Wilde, Oskar, Salome. Nr. 317

4. Geschichte, Staats- und Sozialwissenschaften:

Bismarck, H. A., Die merkwürdigsten Be-
 gebenheiten und Abenteuer aus dem sehr
 bewegten Leben des H. F. W. Achaz
 v. Bismarck. Nr. 43—45

Carlyle, Helden und Heldenverehrung.
 Nr. 195—197
 David, Ed., Aus Deutschlands schwerster
 Zeit. Nr. 265

Erkelenz, Kritik an der deutschen Sozialpolitik. Nr. 306
 Freytag, Der Dreißigjährige Krieg. Nr. 252 bis 254
 Friedrich der Große, Denkwürdigkeiten. Nr. 231—233
 Geiger, Theodor, Führen und Folgen. Nr. 307
 Gobineau, Die Renaissance. Nr. 215 bis 217
 Görres, Joseph v., Der heilige Franziskus von Assisi. Nr. 11
 Hertneck, Karl Marx und die Gewerkschaften. Nr. 278—279
 Heuß, Führer aus deutscher Not. Nr. 263 bis 264
 Hildebrand, Deutsche Prophezeiungen. Nr. 191
 Lagarde, Paul de, Programm für die konservative Partei. Nr. 130—131
 Lasker, 15 Jahre parlamentarischer Geschichte. Nr. 115—116
 Lassalle, Offenes Antwortschreiben. Nr. 258
 Lassalle, Tagebuch. Nr. 152—153
 List, Nationaleinheit der Deutschen. Nr. 105
 List, F., Wesen und Wert einer nationalen Gewerbsproduktivkraft. Nr. 46

Macaulay-Marcks, Der jüngere Pitt. Nr. 213—214
 Marx und Engels, Das kommunistische Manifest. Nr. 28
 Mayer, Aus der Welt des Sozialismus. Nr. 255
 Napoleon I., Denkwürdigkeiten 1796 bis 1815. Nr. 280—282
 Ranke, Epochen der neueren Geschichte. Nr. 290—292
 Ranke, L. v., Friedrich der Große. Nr. 26
 Ranke, L. v., Geschichte Wallensteins. Nr. 87—88
 Rousseau, Der Gesellschaftsvertrag. Nr. 323—324
 Schweitzer, J. B. v., Die Gewerkschaftsfrage. Nr. 293
 Seidel, Rich., Gewerkschaften und politische Parteien in Deutschland. Nr. 298
 Stahl, Das monarchische Prinzip. Nr. 27
 Stein, Freiherr vom, Lebenserinnerungen und Denkschriften. Nr. 228—229
 Strindberg, Aug., Historische Miniaturen. Nr. 4—5
 Tacitus, Germania. Nr. 246—247
 Treitschke, v., Die Freiheit. Nr. 190

5. Kunst, Philosophie, Musik, Religionswissenschaften und Naturwissenschaften:

Brehm, Menschenaffen. Nr. 150—151
 Burckhardt, Jacob, Italienische Malerei. Nr. 299—301
 Cronheim, Urchristentum. Nr. 325
 Feuerbach, Anselm, Ein Vermächtnis. Nr. 80—82
 Fiedler, Konrad, Über die Beurteilung von Werken der bildenden Kunst. Nr. 68
 Görres, Jos. von, Der heilige Franziskus von Assisi. Nr. 11
 Hildebrand, Deutsche Prophezeiungen über sieben Jahrhunderte. Nr. 191
 Hofmiller, Goethes Lebensweisheit. Nr. 294
 Kant, Träume eines Geistersehers. Nr. 77

Kinkel, Johanna, Musikalische Orthodoxie. Nr. 207
 Ossenbach, H., Jenseits der Einsamkeit. Aphorismen. Nr. 250
 Riehl, Geschichte der romant. Oper. Nr. 267 bis 269
 Schopenhauer, Schriftstellerei und Stil. Nr. 149
 Stirner, Der Einzige und sein Eigentum. Nr. 169—173
 Treitschke, Deutsche Tragiker. Nr. 321 bis 322
 Varnhagen, Rahel, Menschen untereinander. Nr. 270
 Wagner, R., Kunst und Revolution. Nr. 104
 Wilson, Betrachtungen eines Amerikaners. „Nur Literatur.“ Nr. 314—315

6. Lyrische und epische Dichtungen:

Goethe, Gedichte. Nr. 183—184
 Goethe, Hermann und Dorothea. Nr. 234
 Heine, H., Buch der Lieder. Nr. 121 bis 122
 Mörike, Eduard, Gedichte. Nr. 224

Scheffel, J. Viktor v., Trompeter von Säckingen. Nr. 35—37
 Stauffer-Bern, Aus Kerker und Irrenhaus. Nr. 192
 Storm, Gedichte. Nr. 210 [Nr. 200
 Voß, Sigurd und Brynhild. Nach der Edda.